Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11019**

18. Wahlperiode 26.01.2016

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Kassner, Susanna Karawanskij, Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/10282 –

Kommunen stärken – Kommunalisierung und Rekommunalisierung unterstützen

A. Problem

Verkauf der Geschäftsanteile des Bundes an der ÖPP Deutschland AG; Vorlage eines Rekommunalisierungsgesetzes, u.a. betreffend Einrichtung einer Agentur und eines Fonds zur Unterstützung der Kommunen bei Rekommunalisierungsprojekten; Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes, u.a. betr. Zulässigkeit von Direktvergaben ohne Auswahlverfahren bei Wegenutzungsverträgen, Eigenverantwortlichkeit der Entscheidung über den Gas- und Stromkonzessionspartner sowie Ermittlung von Netzrückkaufkosten; Aufnahme eines Dialogs mit den Ländern betreffend Aufhebung der Beschränkungen wirtschaftlicher Tätigkeit der Kommunen in den Kommunalverfassungen, Festschreibung einer Präferenz kommunaler Dienstleistungserbringung und Offenlegung von Privatisierungsverträgen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/10282 abzulehnen.

Berlin, den 25. Januar 2017

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Dr. Matthias Heider
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht des Abgeordneten Dr. Matthias Heider

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/10282** wurde in der 209. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Dezember 2016 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion DIE LINKE. fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag auf, den Entwurf eines Rekommunalisierungsgesetzes vorzulegen, der unter anderem die Einrichtung einer Rekommunalisierungsagentur zur Förderung von Rekommunalisierungsprojekten vorsehen soll. Ferner soll die Bundesregierung nach dem Willen der Fraktion einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkungen vorlegen, in dem klargestellt wird, dass die interkommunale Zusammenarbeit vergaberechtsfrei erfolgt. Weiter fordert die Fraktion von der Bundesregierung einen Entwurf zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes mit dem Ziel, dass die Bundesländer die Abwasserbeseitigungspflicht ausschließlich an juristische Personen öffentlichen Rechts übertragen können. Zudem soll der Vorlage zufolge ein weiterer Regierungsentwurf zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes unter anderem vorsehen, dass die Kommunen bei Konzessionsvergabeverfahren für Energienetze grundsätzlich eigenverantwortlich die Entscheidung über den Gas- und Stromkonzessionspartner auf der Basis sachlich nachvollziehbarer Gründe treffen. Darüber hinaus verlangt die Fraktion in dem Antrag von der Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Aktiengesetzes. Außerdem soll die Bundesregierung der Fraktion zufolge unter anderem auch aus Gründen des Schutzes der kommunalen Daseinsvorsorge und kommunaler Unternehmen das CETA-Abkommen ablehnen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/10282 in seiner 102. Sitzung am 25. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/10282 in seiner 98. Sitzung am 25. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/10282 in seiner 103. Sitzung am 25. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 18/10282 in seiner 92. Sitzung am 25. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/10282 in seiner 102. Sitzung am 25. Januar 2017 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/10282 zu empfehlen.

Berlin, den 25. Januar 2017

Dr. Matthias Heider
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.